

# Für Abtreibung nicht werben

**Tübingen.** „Wer es ernst meint mit dem Schutz des ungeborenen Lebens, muss an den Stellen, wo dieser Schutz gefährdet ist, einschreiten“, findet die Tübinger CDU-Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz. Die Parlamentarische Staatssekretärin und Bundesvorsitzende der Frauen-Union spricht sich gegen eine Lockerung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche aus, wie sie Linke, Grüne und FDP fordern. Das Verbot gehöre „zum Schutzkonzept, mit dem die Grundrechte des Ungeborenen gewahrt werden“ und berücksichtige zugleich die Konfliktlagen der Frauen. Ein Abbruch bleibe im Grundsatz verboten, aber in bestimmten Fällen straffrei. Im Kontext der schwierigen Abwägung verbiete sich Werbung, und es gebe ein „breit angelegtes durchdachtes Informations- und Beratungssystem“.